

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Bezugspreis: 75 Mark für das erste Vierteljahr 1923 ohne Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonntagabend. Das einzelne Exemplar kostet 25 Mark

61. Jahrgang

Leipzig, den 16. Februar 1923

Nummer 2

Bekanntmachung

Nach dem vom Zentralschlichtungsamt am 13. Februar 1923 gefällten Schlichtungsbescheid beträgt der tarifliche Lohn für die Zeit vom 10. Februar bis 3. März 57 000 M.

Außerdem ist bis spätestens 20. Februar eine einmalige Teuerungszulage von einem Sechstel des Tariflohnes der jetzt laufenden Woche zu zahlen. Hieraus ergeben sich folgende Zahlen:

1. Für Gehilfen

a) ab 19. Februar bis 3. März 1923 b) einmalige Teuerungszulage*

Ortszuschlag	Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Lohnklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		Neuangeleitete (u. l. Gehilfenjahre)	Lohnklasse C (Gehilfen über 24 Jahre)		Lohnklasse B (Gehilfen von 21 bis 24 Jahren)		Lohnklasse A (Gehilfen bis 21 Jahre)		Neuangeleitete (u. l. Gehilfenjahre)
	Verh.	Rohde	Verh.	Rohde	Verh.	Rohde		Verh.	Rohde	Verh.	Rohde	Verh.	Rohde	
0%	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.
0 1/2	45600	43770	43320	41587	39900	38304	32832	4900	4603	4500	4378	4200	4032	3456
1	46740	44870	44403	42627	40897	39262	33653	4920	4723	4674	4487	4305	4133	3542
1 1/2	47880	45965	45496	43667	41985	40219	34474	5040	4833	4788	4597	4410	4234	3629
2	49020	47059	46589	44766	42992	41177	35294	5160	4954	4902	4706	4515	4334	3715
10	50160	48154	47682	45854	44080	42134	36115	5280	5069	5016	4810	4620	4435	3802
12 1/2	51300	49248	48773	46938	44887	43092	36936	5400	5184	5130	4925	4725	4536	3888
15	52440	50342	49868	48025	45885	44050	37757	5520	5299	5244	5034	4830	4637	3967
17 1/2	53580	51437	50961	49115	46882	45007	38578	5640	5414	5358	5143	4935	4738	4041
20	54720	52531	51984	49905	47880	45965	39398	5760	5530	5472	5253	5040	4838	4147
22 1/2	55860	53625	53067	50944	48877	46922	40219	5880	5645	5586	5363	5145	4939	4234
25	57000	54720	54150	51984	49873	47880	41040	6000	5760	5700	5472	5250	5040	4320

* Berechneter erhalten 1/6 ihres Wochenverdienstes.

2. Für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen

ab 19. Februar bis 3. März 1923*

einmalige Teuerungszulage*

Ortszuschlag	a) Männliche Hilfsarbeiter				a) Männliche Hilfsarbeiter				b) Anlegerinnen*				c) Hilfsarbeiterinnen*			
	über 24 Jahre	21 bis 24 Jahre	19 bis 21 Jahre	17 bis 19 Jahre	über 24 Jahre	21 bis 24 Jahre	19 bis 21 Jahre	17 bis 19 Jahre	über 24 Jahre	21 bis 21 Jahre	17 bis 19 Jahre	über 24 Jahre	21 bis 21 Jahre	17 bis 19 Jahre		
0%	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.	91.		
0 1/2	40472	38853	36822	35349	33015	32538	27907	4320	4147	3876	3720	3570	3427	2938		
1	41484	39824	37743	36233	34763	33372	28605	4428	4251	3973	3813	3659	3513	3011		
1 1/2	42496	40796	38653	37117	35611	34186	29303	4536	4355	4070	3907	3748	3599	3094		
2	43508	41767	39584	38000	36549	35000	30000	4644	4458	4167	4000	3838	3684	3153		
10	44520	42738	40604	38984	37306	35814	30698	4752	4562	4264	4093	3927	3770	3233		
12 1/2	45532	43709	41425	39768	38154	36628	31396	4860	4666	4360	4186	4016	3856	3306		
15	46544	44680	42345	40651	39002	37442	32093	4968	4769	4457	4279	4105	3941	3378		
17 1/2	47556	45651	43266	41535	39850	38250	32791	5076	4873	4554	4372	4195	4027	3452		
20	48568	46623	44186	42419	40698	39070	33489	5184	4977	4651	4465	4284	4113	3525		
22 1/2	49579	47594	45107	43303	41564	39884	34186	5292	5080	4748	4553	4373	4193	3599		
25	50591	48566	46027	44180	42394	40698	34884	5400	5184	4845	4651	4462	4284	3672		

* Von den in obigen Tabellen für das Hilfpersonal festgesetzten 22 Gehilfen erhalt in den Orten bis einschließlich 10% der wöchigen einwöchigen Lohn von 19 M., sofern nicht mehr als 23 Hilfsarbeiter in diesen Orten festgelegt sind.

Die Entschädigung für Montagszeitungen (§ 6 Ziffer 6 des Tarifs) ist ab 10. Februar 1923 auf 5792 M., für Maschinenseher auf 6162 M., für Maschinenteufeloren auf 5903 M. und für Hilfsarbeiter auf 5100 M. festgesetzt.

Die Berechneter erhalten für die Zeit vom 19. Februar bis 3. März 1923 einen Zuschlag von 200 Proz. auf den Stützlöhne und die Ausgleichssumme (vgl. § 2 Ziffer 1, Anhang A des neuen Tarifs, Beispiel zur Lohnabelle).

Dieser Lohn Tarif hat Gültigkeit bis einschließlich 3. März 1923. Die nächste Sitzung der Tarifkommission findet am 1. März statt. Berlin, den 14. Februar 1923.

Deutscher Buchdrucker-Verein E. V. geg. Henemann, Dr. Woelck. Verband der Deutschen Buchdrucker geg. Joseph Selz Otto Kraus Gutenberg-Bund geg. Paul Thyrnert

Verband der graphischen Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands geg. C. Bucher Ernst Hornke Graphischer Zentralverband geg. Hornbach

Erhöhung des Kostgeldes für Lehrlinge

Das Kostgeld für Lehrlinge wird erhöht im ersten Lehrjahre um 5 Proz., im zweiten um 7 1/2 Proz., im dritten um 10 Proz. und im vierten um 15 Proz. der Gesamtzulage der Lohnklasse C (Verheiratete) des neuen Lohn Tarifs für Gehilfen. Demnach beträgt das Kostgeld für Lehrlinge:

Ortszuschlag	vom 12. bis 19. Februar (unter Ausrechnung des prozentualen Anteils der einmaligen Teuerungszulage)				vom 10. Februar bis 3. März			
	Erstes Lehrjahr	Zweites Lehrjahr	Drittes Lehrjahr	Viertes Lehrjahr	Erstes Lehrjahr	Zweites Lehrjahr	Drittes Lehrjahr	Viertes Lehrjahr
0	2521	2240	3371	4210	8121	3846	4571	6010
1/2	2583	3018	3454	4320	3188	3940	4684	6164
5	2645	3095	3541	4430	3280	4040	4801	6220
7 1/2	2715	3170	3628	4530	3380	4137	4918	6474
10	2777	3243	3711	4643	3437	4233	5031	6523
12 1/2	2839	3316	3795	4747	3514	4328	5145	6772
15	2901	3394	3883	4850	3590	4429	5263	6920
17 1/2	2970	3468	3968	4952	3675	4525	5378	7076
20	3031	3540	4050	5054	3751	4620	5490	7224
22 1/2	3099	3613	4137	5154	3831	4718	5607	7379
25	3169	3686	4223	5253	3910	4818	5733	7533

Zur neuen Lohnvereinbarung

Nach dreitägigen Verhandlungen der Tarifkommission, in deren Verlauf sich schon am ersten Tage infolge schärfster Gegenstände zwischen den Parteien die Unmöglichkeit herausstellte, innerhalb dieser Tarifinstanz zu einer Einigung zu gelangen, so daß nach § 20 des neuen Tarifs für die Zeit bis zum 3. März d. J. festgesetzt worden, Es betragt demnach der Spitzenlohn (Lohnklasse C, Verheiratete) bei 25 Proz. Ortszuschlag ab 10. Februar bis 3. März wöchentlich 57 000 Mark, gegenüber 30 000 M. vor dem 10. Februar; außerdem ist für die laufende Woche (12. bis 18. Februar) eine einmalige Teuerungszulage in Höhe eines Sechstels des in dieser Woche fälligen Tariflohnes zu zahlen. Das Abkommen gilt demnach bis zum 14. März; am 1. März tritt die Tarifkommission wieder zu neuer Lohn festsetzung auf.

Aber das wenig erfreuliche Beispiel, das von der einmaligen Verhandlungen der Tarifkommission voranging, haben wir schon in voriger Nummer kurz berichtet. Der Verlauf der dreitägigen Tagung war nun die Fortsetzung dieses Kampfes der Prinzipale gegen eine gerechte Entlohnung der Gehilfen und Hilfsarbeiter im deutschen Buchdruckgewerbe.

mit den gleichen schloßlichen Grundsätzen in noch viel stärkerem Maße, so daß uns nur die große Notlage der Kollegenschaft verhindert, eine recht bittere Satire über dieses Thema, seine praktische Anwendung und seine großen Gefahren für den gewerblichen Frieden zu schreiben. Wir wollen jedoch das harte Los unserer Kollegen nicht durch eine ausführliche Schilderung des Verlaufs der Verhandlungen noch schwerer machen, sondern uns nur auf das Allernotwendigste beschränken in der sicheren Hoffnung, daß auch die wenigen nacten Tatsachen vollauf genügen werden, der Kollegenschaft in Stadt und Land zu zeigen, weissen sie gewärtig sein müßte, wenn sie den Konjunkturpolitikern auf Unternehmenseite durch eigenmächtige Handlungen in die Hände arbeiten würden.

Die Gehilfenvertretung stellte nach reiflicher Überlegung aller Notwendigkeiten die Forderung von 140 Proz. auf den Lohn bis 12. Februar (30 000 M. in der Spitze) und zwar mit Rückwirkung ab 5. Februar mit einer Geltungsdauer bis Donnerstag, den 22. Februar. Ferner wurde für das besetzte Gebiet eine Sonderzulage von 20 Proz. und eine bessere Regelung der Lehrlingskostgebühren beantragt. Die Verhandlungen der Tarifkommission führten nach kurzer aber eingehender Begründung der Forderung von Gehilfenseite zur Bildung einer kleineren Kommission, deren Aufgabe es sein sollte, die Möglichkeiten einer Verständigung zu suchen. Die Beratungen dieser Kommission führten jedoch trotz mehrstündiger Dauer bis in die späten Abendstunden zu keinem positiven Resultat. Das äußerste Angebot der Prinzipale war eine Erhöhung des laufenden Wochenlohnes um 6000 M., also von 30 000 auf 36 000 M. in der Spitze und um weitere 10 000 M. für die Zeit vom 19. Februar bis 3. März. Auf dieser Basis war eine Verständigung für die Gehilfenvertreter selbstverständlich nicht möglich, weshalb schon am ersten Verhandlungstag gegen 10 Uhr abends die Tatsache zu verzeichnen war, daß die Verhandlungen der Tarifkommission zu keinem Ergebnis führen konnten. Infolgedessen wurde beschlossen, für den nächsten Tag das für diesen Fall vorgesehene tarifliche Zentralschlichtungsamt in Kraft treten zu lassen.

Am zweiten Verhandlungstage trat das Zentralschlichtungsamt unter dem Vorsitz von drei Unparteiischen, die vom Reichsarbeitsminister ernannt waren, zusammen und verhandelte zunächst unter Mitwirkung der Parteien über die Forderungen der Gehilfenschaft. Wir glauben nicht notwendig zu haben, unsern Lesern die Argumente unserer Vertreter besonders vor Augen zu führen. Was die ungeheure Not der Gehilfenschaft an Eindringlichem jeden denkenden Kollegen aus tiefstem Innern heraus in Worte kleiden läßt, wurde mit allem Nachdruck zum Ausdruck gebracht. Und soweit man auf Unternehmenseite mit den bekannten Klagen über die Lage des Gewerbes die Forderungen der Gehilfenschaft zu entkräften versuchte, hat zweifellos die Gehilfenschaft in ihrer gefassten bisherigen friedlichen Haltung trotz größter Entbehnungen weitgehende Rücksicht darauf genommen; um so bezeichnender war es daher, daß sich das Schwergewicht der Prinzipalargumente von Anfang bis Schluß der Verhandlungen auch vor dem Zentralschlichtungsamt in juristischen Formalen und Auslegungsunterschieden aufbaute. Wir erblicken darin eine mehr oder weniger verschleierte Konjunkturpolitik, die den realen Tatsachen des Lebens, der Wirtschaft und der gewerblichen Produktion gegenüber weder gerecht wird, noch förderlich sein kann. Die Verhandlungen des Zentralschlichtungsamtes, die teilweise unter sehr hemmendem Einfluß des am 9. Februar abgeschlossenen Buchbinderlohnabkommens standen, führten in der neunten Abendstunde des zweiten Verhandlungstages zur Fällung folgenden Schiedspruches:

1. Vom 10. Februar bis 3. März beträgt der Spitzenlohn 37 000 M.
2. Außerdem ist bis spätestens den 20. d. M. eine einmalige Teuerungszulage von einem Sechstel des Tariflohnes der jetzt laufenden Woche zu zahlen.
3. Es wird empfohlen, im Wege der Vereinbarung eine Sonderzulage für das besetzte Gebiet zu bewilligen.

Dieser Schiedspruch, der besonders in seinem zweiten Punkte die Forderungen der Gehilfen in ganz ungenügender Weise berücksichtigt, wurde von den Gehilfenvertretern als nicht annehmbar bewertet. In einer besonderen mehrstündigen Beratung am Vormittag des dritten Verhandlungstages wurde nach reiflicher Prüfung aller Möglichkeiten beschlossen, das Reichsarbeitsministerium anzurufen, um eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Verbesserung des Schiedspruches herbeizuführen. Diesem Gesuchen brachte der Reichsarbeitsminister auf Verstelligwerden der Organisationsvorsitzenden volle Sympathie entgegen und bemühte sich trotz starker Inanspruchnahme durch die gleichzeitigen wichtigen Reichstagsverhandlungen um persönlicher Vermittlung. Wieder war auch dies vergebens. Die Prinzipale lehnten jede Wändelung des Schiedspruches ab. Der tote Buchstabe blieb ihnen nach wie vor heilig als das Wohl der Arbeiter in ihren Betrieben. Auch in der dann noch anschließenden Aussprache über den dritten Punkt des Schiedspruches (Sonderzulage für das besetzte Gebiet betreffend) war kein positives Resultat mehr zu erzielen. Die Debatte hierüber war sehr hart und eindringlich, hatte jedoch zunächst kein anderes Ergebnis, als daß der Vorsitzende des Deutschen Buchdrucker Vereins sich bereit erklärte, durch persönliche Verhandlungen im besetzten Gebiete selbst mit den Prinzipalen eine Lösung dieser Angelegenheit in den nächsten Tagen anzustreben. Eine von Gehilfenseite mit besonderer Wärme vertretene Forderung zur Absicherung der bestehenden Unpartheilichkeit in der Schiedsfrage wurde jedoch ebenfalls keine Berücksichtigung auf Prinzipalseite.

Das ist in kurzen Strichen das Ergebnis der diesmaligen Lohnverhandlungen. Die jegige Not zwingt uns, den Schiedspruch anzunehmen und seine restlose Durchführung zu empfehlen, nicht weil wir das Resultat als befriedigend bezeichnen können, sondern weil wir wissen, daß die erdrückende Mehrzahl unserer Kollegen in dieser harten Zeit nicht noch mehr Entbehrungen als bisher ertragen kann. Daß die Ausnützung einer solchen Situation wenig ehrenvoll für unser Gewerbe ist, bedarf keiner besonderen Begründung, sie lehrt uns aber, daß wir alles daran setzen müssen, um solchen Tendenzen in absehbarer Zeit eine stärkere Organisationskraft entgegenzusetzen zu können!

Tarifliche Wochenlöhne der Buchdrucker

(mit Ausnahme der Maschinenfeger*)

ab 12. Februar bis 3. März unter Aufrechnung der einmaligen Teuerungszulage laut Schiedspruch des Zentralschlichtungsamts vom 13. Februar 1923 auf den bisherigen Tariflohn in Mark

Orts- zula- ge Proz.	Lohnklassen über 24 Jahre B 21 - 24 Jahre A bis 21 Jahre Neuausgelernte	Tariflicher Wochenlohn		Ein- malige Teue- rung- zulage	Gesamts- lohn bis 19. Febr.	Er- höhung ab 19. Febr.	Tariflicher Wochenlohn v. 12. Febr. bis 3. März
		in Frieden	vor dem 19. Febr. 1923				
26	C Verheiratete	34,38	36 000	0 000	42 000	15 000	57 000
	Wedlge . . .	34,38	34 500	5 700	40 320	14 400	54 720
	B Verheiratete	32,50	34 200	5 700	39 900	14 250	54 150
22 1/2	A Verheiratete	32,50	32 832	5 472	38 304	13 680	51 984
	Wedlge . . .	31,25	31 500	5 250	36 750	13 125	49 875
	Neuausgelernte	31,25	30 240	5 040	35 280	12 600	47 880
20	C Verheiratete	21,38	25 920	4 320	30 240	10 800	41 040
	Wedlge . . .	—	25 290	5 880	41 160	14 700	55 860
	B Verheiratete	—	33 840	5 645	39 514	14 112	53 626
17 1/2	A Verheiratete	—	33 516	5 586	39 102	13 965	53 067
	Wedlge . . .	—	32 175	5 362	37 538	13 406	50 944
	Neuausgelernte	—	30 870	5 145	36 015	12 862	48 877
15	A Verheiratete	—	29 635	4 809	34 574	12 348	46 922
	Neuausgelernte	—	25 402	4 234	29 635	10 584	40 219
	C Verheiratete	33,00	34 500	5 700	40 320	14 400	54 720
20	B Verheiratete	33,00	33 178	5 530	38 707	13 824	52 531
	Wedlge . . .	31,20	32 832	5 472	38 304	13 680	51 984
	A Verheiratete	31,20	31 519	5 253	36 772	13 133	49 905
17 1/2	A Verheiratete	30,00	30 240	5 040	35 280	12 600	47 880
	Wedlge . . .	30,00	29 056	4 838	33 894	12 096	45 965
	Neuausgelernte	23,40	24 883	4 147	29 030	10 368	39 398
15	C Verheiratete	32,31	33 840	5 640	39 480	14 100	53 580
	Wedlge . . .	32,31	32 486	5 414	37 901	13 536	51 437
	B Verheiratete	30,55	32 148	5 358	37 506	13 365	50 871
12 1/2	A Verheiratete	30,55	30 802	5 144	36 006	12 850	48 856
	Wedlge . . .	29,37	29 610	4 985	34 545	12 337	46 882
	Neuausgelernte	29,37	28 226	4 738	33 168	11 844	45 007
10	A Verheiratete	22,91	24 565	4 061	28 626	10 152	38 778
	C Verheiratete	31,62	33 120	5 520	38 640	13 900	52 540
	Wedlge . . .	31,62	31 795	5 299	37 094	13 248	50 342
15	B Verheiratete	29,90	31 464	5 244	36 708	13 110	49 818
	Wedlge . . .	29,90	30 205	5 034	35 240	12 585	47 825
	A Verheiratete	28,75	28 980	4 890	33 810	12 075	45 885
12 1/2	A Verheiratete	22,42	27 821	4 637	32 458	11 562	44 050
	Neuausgelernte	22,42	26 846	3 974	27 821	9 936	37 757
	C Verheiratete	30,94	32 400	5 400	37 800	13 500	51 300
10	B Verheiratete	30,94	31 104	5 184	36 288	12 960	49 248
	Wedlge . . .	29,25	30 780	5 130	35 910	12 825	48 735
	A Verheiratete	29,25	29 549	4 925	34 474	12 312	46 786
7 1/2	A Verheiratete	25,12	28 550	4 725	33 075	11 812	44 887
	Wedlge . . .	25,12	27 216	4 536	31 752	11 340	43 092
	Neuausgelernte	21,94	23 328	3 888	27 216	9 720	36 936
5	C Verheiratete	30,25	31 690	5 280	36 970	13 200	50 170
	Wedlge . . .	30,25	30 413	5 069	35 482	12 672	48 154
	B Verheiratete	28,60	30 096	5 016	35 112	12 540	47 652
10	A Verheiratete	28,60	28 892	4 815	33 707	12 039	45 746
	Wedlge . . .	27,50	27 720	4 620	32 340	11 550	43 890
	Neuausgelernte	27,50	26 611	4 435	31 046	11 088	42 134
7 1/2	A Verheiratete	21,45	22 810	3 802	26 611	9 504	36 115
	Neuausgelernte	21,45	20 960	5 160	26 120	9 200	35 320
	C Verheiratete	29,58	29 722	4 954	34 675	12 584	47 259
5	B Verheiratete	27,95	29 412	4 902	34 314	12 255	46 569
	Wedlge . . .	27,95	28 236	4 706	32 941	11 765	44 706
	A Verheiratete	26,87	27 060	4 515	31 605	11 297	42 892
10	A Verheiratete	26,87	26 006	4 334	30 341	10 836	41 177
	Neuausgelernte	20,96	22 291	5 715	28 006	9 288	37 294
	C Verheiratete	28,87	30 240	5 040	35 280	12 600	47 880
7 1/2	B Verheiratete	28,87	29 030	4 838	33 869	12 096	45 965
	Wedlge . . .	27,30	28 728	4 788	33 516	11 970	45 486
	A Verheiratete	27,30	27 570	4 597	32 175	11 462	43 667
5	A Verheiratete	26,23	26 460	4 410	30 870	11 025	41 895
	Wedlge . . .	26,23	25 402	4 234	29 635	10 584	40 219
	Neuausgelernte	20,47	21 773	5 629	25 402	9 072	34 474
2 1/2	C Verheiratete	28,19	29 520	4 920	34 440	12 300	46 740
	B Verheiratete	28,19	28 329	4 723	33 062	11 808	44 870
	Wedlge . . .	26,65	28 044	4 674	32 718	11 685	44 403
0	A Verheiratete	26,65	26 922	4 487	31 409	11 218	42 627
	Wedlge . . .	25,62	25 820	4 305	30 135	10 762	40 897
	Neuausgelernte	25,62	24 797	4 133	29 590	10 332	39 262
0	A Verheiratete	19,29	21 294	5 542	24 797	8 856	33 653
	Neuausgelernte	19,29	20 000	4 800	24 800	8 400	33 200
	C Verheiratete	27,50	27 648	4 608	32 256	11 520	43 776
0	B Verheiratete	26,00	27 360	4 560	31 920	11 400	43 320
	Wedlge . . .	25,00	26 260	4 378	30 643	10 944	41 587
	A Verheiratete	25,00	25 200	4 200	29 400	10 500	39 900
0	A Verheiratete	19,50	24 192	4 032	28 224	10 080	38 304
	Neuausgelernte	19,50	20 736	3 456	24 192	8 640	32 832

* Maschinenfeger erhalten nach § 11 Ziffer 1 des Manteltarifs auf die tariflichen Wochenlöhne ihrer Alters- und Ortsklasse einen Zuschlag von 7 1/2 Proz.; ferner erhalten Sie nach § 4 Ziffer 12 des Manteltarifs einen Zuschlag von 3 Proz. auf die tariflichen Wochenlöhne ihrer Alters- und Ortsklasse. Die in der offiziellen Bekanntmachung über den neuen Manteltarif angegebenen Vermögenszuschläge für Berechnung sind auf die Hälfte der geleisteten Entlohnung nach dem Umfang A des neuen Tarifs sowie auf die in dem Beispiel zur Lohnabrechnung an gleicher Stelle nach Alters- und Ortsklasse zu legen.

Wir und das Leben

Wir leben in einer jammervollen Zeit. An uns bewahrheitet sich das alte Wort: „Ach will die Sünden der Väter rächen“ usw. Aber nicht nur diese Sünden, obgleich es schon hinreichend genug sind, nein, unsere eigenen tun wir auch noch hinzu, damit die Lage der Menschen nur noch immer verzweifelter wird.

Alles torzelt durcheinander. Ursache und Wirkung werden verwechselt. Vertrauen auf eigene Kräfte ist geschwunden. Ein jammervoller Ruf nach dem andern ergeht an die Adresse Amerikas, Englands. Ja, wenn die der Situation nicht genau so hilflos gegenüberstünden wie wir! Wo bleiben jetzt unsere geistigen Stützen? Wo bleiben sie alle die großen Professoren, Doktoren, Naturwissenschaftler, die Prediger der Ökonomie? Versunken ein jeder in seinem Spezialgebiet, ist ihnen der klare Blick getrübt für die großen Zusammenhänge des Lebens. Meister ein jeder auf seinem Gebiet, versagen sie jetzt, wo es gilt, uns aus dem Chaos herauszuführen. Sie sind ratlos. Die Entwicklung ist andrer Wege gegangen, als sie ihre Vorzeichen hatten. Nun heißt es hinterher laufen, sie wieder einholen. Aber bis dahin fahren wir nach der Hilfe anderer. Damit haben wir nach dem materiellen auch unsern geistigen Vankrott angemeldet.

Nach dem augenblicklichen Stand der Dinge richten wir unser Verhalten ein, verfassen Programme, Richtlinien, und während wir die einen ausführen und die andern befolgen, gehen die Ereignisse über uns hinweg, mit Wohlreden den Menschen unter sich tretend. Die Geschicke gleichen ausgebrochenen Vulkanen, die nicht mehr den Willen ihres Wandlers spüren. Überall verbreiten sie Schrecken und Qual. Wo wir die Taten spüren, schreien wir nach Gesetzen, die ihnen die Krallen beschneiden sollen. Doch was nützt das alles? Bekommen wir die Kräfte nicht wieder in die Gewalt, meistern wir die Entwicklung nicht durch Ideen, die dem augenblicklichen Stand der Menschheit Rechnung tragen, so nützt uns alles Schreien nichts. Wer nicht hören will, muß fühlen.

Nicht umsonst ist lange Jahre gepredigt worden von der Naturwissenschaft, vertreten durch ihre ersten Größen bis zum kleinsten Nachbeter: Die Materie ist alles, der Geist nur deren Ausfluß. Wir haben den Geist gelehnet, als das Sekundäre betrachtet und wundern uns jetzt, wie die wir sie auf den Thron gehoben, daß die Materie zum Herrschenden geworden! Zeugnissen wir die Zweckmäßigkeit der Gewalt, wollen wir recht behalten, daß der Krieg ungewöhnlich geworden, dann ist es unsere Pflicht und unsere erste Aufgabe, nicht nur durch Phrasen, sondern durch lebensfähige, der wahren Wirklichkeit angepaßte Ideen zu beweisen, daß wir recht haben. Können oder wollen wir das nicht, dann dürfen wir uns nicht wundern, wenn die Leidenschaften die Führung übernehmen.

Die Passivität allein kann uns nicht retten. Wir müssen der Aktivität der Materie die des Geistes entgegensetzen und unser Wirtschaftsleben damit durchdringen. Doch kann uns das nur gelingen, wenn wir überlebten Einrichtungen wagt sagen, veraltete Denkgewohnheiten verlassen und gänzlich neue Bahnen beschreiten. Bahnen, die sich ergeben, wenn wir die Menschen nach ihrer geistigen Veranlagung bewerten und uns nicht erst Menschen schaffen wollen, die in eine vorher zugerichtete Welt passen. Passen sich doch auch Kleidung, Essen usw. dem Menschen an und nicht umgekehrt. Geht unser Bemühen in dieser Richtung, dann werden die Konfliktstoffe sich verringern, das Leben sich reibungslos abwickeln. Ein bekanntes Dichterverb hat nicht unbedingte Geltung. Die Sachen brauchen sich nicht im Raume zu stoßen, wenn richtige Einsicht ihnen ihren Platz zuweist.

Hamburg (Berne).

Henry Mund.

Gewerkschaftliche und genossenschaftliche Pflichten

Was nützt es, daß wir alle Morgen
Beseufzen unser Ungemach;
Wir machen unser Kreuz und Leid
Nur größer durch — Teilnahmslosigkeit.

Diesen aus dem Gesangbuchliede „Ein feste Burg“ von Luther entnommenen Satz könnte man täglich, ja stündlich anwenden, wenn man die fortwährenden — ohne Zweifel berechtigten — Seufzer über das elende Los des weitaus größten Teiles unserer Volksgenossen hört und dabei feststellen darf, was denn die meisten solch Bedrückter zur Besserung ihres Ungemachs beitragen. Ohne mich mit dem lutherischen Gesangbuchliede nur irgendwie zu identifizieren, hat der zitierte Satz wohl gerade in gegenwärtiger Zeit seine besondere Bedeutung, wenn an Stelle des Wortes Traurigkeit „Teilnahmslosigkeit“ oder „Interesslosigkeit“ tritt.

Daß heute das Hauptaugenmerk aller Lohn- und Gehaltsempfänger darauf gerichtet ist, die ins Märchenhafte gehenden Warenpreise durch entsprechende Lohn- oder Gehaltserhöhungen auszugleichen, ist eine glatte Selbstverständlichkeit. Leider ist es bis heute noch keinem Veruse gelungen, auch nur einen annähernden Ausgleich herbeizuführen. Ungeschied dieser feststehenden Tatsache ist die Teilnahmslosigkeit und die Gleichgültigkeit, deren sich ein großer Teil der minderbemittelten Volksschichten hingibt, geradezu unbegreiflich. Zugegeben sei, daß das Interesse am Versammlungsbefuch der Gewerkschaften in den letzten Jahren wechselreicher war als in der Kriegs- und Vorkriegszeit. Das hat aber seine ganz bestimmten Ursachen; denn selten findet man noch jemanden, der

Versammlung der Gewerkschaften statt, die nicht auf der Tagesordnung „Stellungnahme zu dem getroffenen Lohnabkommen“ verzeichnet. Der Versuch ist dann immer ein guter, der aber in das gerade Gegenteil umschlägt, wenn „nur“ Gewerkschaftsfragen oder ein beliebiges, oft interessanter Vortrag zur Verhandlung stehen. Dieser vom materiellen Interesse diktierte Standpunkt ist in der Gegenwartswirtschaft ohne weiteres verständlich; die Existenz, die Familienwirtschaft ist eng damit verbunden.

Das Streben nach Besserung der Lebenslage zeitigt aber in den minderbemittelten Volksmassen die sonderbarsten Blüten. Abgesehen von der politischen Interesslosigkeit, die sich bei den im November v. J. vorgenommenen sächsischen Landtagswahlen in geradezu besagendwerter Weise äußerte, haben sich die freien Gewerkschaften und deren führende Männer ganz besonderer Beachtung zu erfreuen. Statt in Gemeinsamkeit mit den Massen der übrigen Gewerkschaftsmitglieder gegen die augenblicklich vorhandene „Gewerkschaftsbureaucratie“ anzukämpfen und sie für den Massenwillen empfänglich zu machen, hält es ein kleiner Teil für richtiger, entweder überhaupt abseits zu stehen oder glaubt, in kleinen Zellen und Gebilden den Gang der kapitalistischen Wirtschaft beeinflussen zu können — und dies angesichts einer noch nie dagewesenen Konzentration und Zusammenballung kapitalistischer Kräfte!

Mit der Devise „Weg mit den Gewerkschaftsbunzen“ und hin zu der Ausführung aller notwendigen gewerkschaftlichen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit sowie verwaltungsbedingten Maßnahmen im Nebenamt glaubt man im Syndikalismus alles Heil erwarten zu können. Weg mit der Zentralisation und her mit dem Syndikalismus (Köberation)! Das ist der Ruf syndikalistischer Führer, und die verbrossenen und nicht denkenden Arbeiter applaudieren. Die „direkte Aktion“ der Solidarität der übrigen Massen des Proletariats sollen an Stelle der zentralen Zusammenfassung der Gewerkschaftsmitglieder und unter Ausschaltung des Parlamentarismus den gordischen Knoten zur Befreiung der Menschheit aus der Kapitalknechtschaft lösen. O, welche Einsicht! Die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft (Beamte und Angestellte) haben in der Gegenwart nichts notwendiger, als Schulter an Schulter in größter Aufmerksamkeit die wirtschaftlichen und politischen Vorgänge im In- und Auslande zu beobachten; ihre Führer haben alle Mittel zu erschöpfen, die geeignet erscheinen, die von rechts drohenden faschistischen Pläne im Keime zu ersticken. Da nützen die von den Kommunisten bei jeder Gelegenheit geforderten Betriebsratelongresse wie auch die geforderten Kontrollausschüsse herzlich wenig, wenn hinter ihnen nicht die geschlossene Macht der Arbeiter, Angestellten und Beamten steht. Die aber von ihnen ebenfalls als Abwehrmittel immer vorgeschobene Arbeiterregierung machen sie selbst zur Farce, wie das nun schon zum zweiten Male in Sachsen von ihnen betätigte Trauerspiel des Sturzes einer sozialdemokratischen Arbeiterregierung kraft zeigt.

Was in Bayern seitens der Reaktion planmäßig vorbereitet wird, daß in Ostpreußen das Großagrarium zum Loschlagen bereit ist, das sind doch wahrlich Anzeichen für einen Machtdünkel rechtsgerichteter Kreise, die auch die nichtsehenden und -hörenden Proletarier zum Denken veranlassen sollte. Daß es aber überhaupt so weit kommen konnte, daran tragen die Reichsregierung in ihrer Latenzlosigkeit, aber nicht zuletzt die proletarischen Massen durch ihre Herrissenheit eine riesengroße Schuld. Solange die Syndikalisten Wesen, Person und Sache nicht auseinander zu halten vermögen, solange die Kommunisten ihre Hauptaufgabe in der Bekämpfung der freien bzw. syndikalistischen Arbeiter-, Angestellten- und Beamtschaft und deren Führer erblicken, so lange kann weder von einer erfolgreichen „direkten Aktion“ noch von einem konzertierten Angriff auf die Machtposition der Reaktion gesprochen werden; so lange wird sich vielmehr die gesamte werktätige Bevölkerung nur in recht zweifelhafter Defensiv-, in stark bedrohter Verteilungstellung befinden.

Eins sei dabei aber noch hervorgehoben: Die Gewerkschaften und deren Führung sehen alles daran, den in ihren Organisationen zusammengefaßten Berufsgruppen ein den Teuerungsverhältnissen entsprechendes Einkommen zu sichern. Daß die Lebenswichtigkeit bzw. die Konjunktur der einzelnen Gewerbe unterschiedlich ist, und daß deshalb den Gewerkschaftsleitungen manches gegen den Strich geht, muß jeder Einsichtige zugeben. Die einzelnen Parlamente, soweit sie nur über einen einigermaßen sozialistischen Einfluß verfügen, führen einen harten Kampf mit der Reaktion um die Entlastung der minderbemittelten Volksschichten und Heranziehung des Besitzes zur Tilgung der durch ihre wahnsinnige Kriegspolitik verursachten Schuldknechtschaft Deutschlands. Alles aber scheiterte bisher an der wirtschaftlichen Machtposition der Produktionsmittelbesitzer.

Und hier liegt des Übels Kern. Sozialismus — Gemeinwirtschaft — nur kann uns aus diesem Elendzustand erretten. Was tun aber die Massen, um aus diesem Salsamassel unser Profitwirtschaft — die doch nur die Ursache allen Übels ist — herauszukommen? Abgesehen von den schon erwähnten Teilnahmslosen und Zerkenswürmern sind noch Hunderttausende unserer Klassenossen — die sich stets mit ganzer Kraft dagegen wenden, wenn an ihre „Sozialistendankheit“ auch nur der geringste Zweifel auftaucht — klappt drauf und dran, immer neues Blut dem kranken und faulen Körper unserer profitkapitalistischen Privatwirtschaft zuzuführen. Mit einer eitel-lehrenden Töne mündigen Menschenen tragen sie täglich, ja stündlich den großen wie den kleinen Kapitalgewinnern und Mäxlern ihre sauer verdienten Wette bei ihrer Verachtung wieder zu, um dann um so kräftiger auf jene zu schalten, die sie mit der Herbeiführung geordnet

und planmäßiger Wirtschaftsverhältnisse betraut haben. Was hindert diese Massen, ihre Bedarfsgüterversorgung im gemeinwirtschaftlichen Sinne zu regeln? Nichts. Nur Eitelgierigkeit und Interesslosigkeit der großen Masse sind es, daß der Sozialismus von „unten herauf“ noch nicht in dem Maße bahnbrechend Einzug halten konnte, wie es schon längst hätte geschehen müssen. Wenn es je eine Zeit gegeben hat, in der das kapitalistische System und das Profitstreben ohne Rücksicht auf das Wohl der Verleştigten Volksmassen sein wahres Gesicht zeigt, dann sind es die Jahre nach der Revolution gewesen. Hier sollten die gewerkschaftlich organisierten Massen einmal die Hand aus dem Werkzeug und sollten wenigstens dafür sorgen, daß ihr Elend nicht größer wird durch ihre eigne Mithilfe.

Unter dem 20. Oktober v. J. schrieb das „Tessauer Volksblatt“: „... Die Genossenschaft ist der mögliche Wirtschaftssozialismus. Was die Verbraucher aus ihm machen, ist ihre Sache. Sie tragen allein die Schuld, wenn noch so wenig daraus wird... Dieser genossenschaftliche Wirtschaftssozialismus, das ist fruchtbarer Sozialismus... Heute stehen wir noch da und fordern, fordern ohne Unterlaß: Arbeiter, macht Sozialismus durch die Genossenschaft, gebt der Genossenschaft Kapital, so viel nur irgend möglich und beauftragt möglichst viele tüchtige Männer, daß sie in eurem Auftrage Wirtschaft machen! Das ist auch eine züchtendere, absolut erfolgreiche Bekämpfung des Wuchers. Einen anderen Weg gibt es nicht. Dieses aber ist in seinem Erfolg absolut sicher.“ Das Urteil eines Volkswirtschaftlers und Professors der Nationalökonomie an der Universität Heidelberg sowie an der Handelshochschule Mannheim fällt dahin aus: „... Es ist ein Glück, daß es im Meer des reinen Kapitalismus als Insel eine Bewegung gegeben hat, die den genossenschaftlichen Geist über den reinen Kapitalismus stellte, die sich bewußt blieb, daß der Konsum, nicht die Produktion Endzweck ist. Unter den Erzeugnissen der schweren Weltrevolution, die wir erleben, wird die Erkenntnis des Wertes der Genossenschaften bleiben.“

Deshalb, ihr proletarischen Massen: Teilnahmslosigkeit und Interesslosigkeit, Ekklererei und Rutschversuche können eure Lage nur verschlechtern! Handelt ihr aber im gewerkschaftlichen Zusammenschluß als Produzenten, im organisierten Zusammenschluß als Konsumenten, als einige geschlossene Masse im politischen Kampfe, dann führt auch der Weg — selbst über die Berge größter Kapitalismächte — zum sicheren Ziele eurer Erlösung: zum Sozialismus, zur Gemeinwirtschaft! So oder so! Entweder abseits stellen, den Dingen ihren Lauf lassen; dann aber nicht klagen und jammern, auch nicht über eure Gewerkschaft und deren Leitung zetern, sondern in ewiger Knechtschaft als unterworfenen Subjekt fronden. Oder kämpfen und alle notwendigen Opfer bringen zur Befreiung, zum Aufstieg der Menschheit, zur Freiheit, Gerechtigkeit sowie Gleichheit — den Mensch zum Menschen werden lassen. Nun wählt und handelt!

Gera.

Paul Feustel.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Veränderungen in der Sozialversicherung

Der ungeheuerlichen Geldentwertung der letzten Monate war die Krankenversicherung noch nicht angepaßt worden, als Ende Januar die fast völlige Zerrüttung des Geldwertes einsetzte. Waren bis dahin die Träger der Versicherung noch mit starker Quantumsnahme des öffentlichen und privaten Kredits notdürftig über Wasser gehalten, so droht ihnen jetzt der Zusammenbruch. Alle gesetzlichen Maßnahmen über Anpassung der Grundlöhne und Beiträge kamen und kommen noch jetzt zu spät, so daß die Forderung der Krankenkassen auf völlige Anpassung der Grundlöhne an die tatsächlichen Verdienste unter Fortfall jeder Grenze nach oben die einzige brauchbare Lösung bedeuten muß. Die geltende Höchstgrenze des Grundlohns von 1800 M. war schon zur Zeit ihres Inkrafttretens zu Anfang Dezember überholt. Inzwischen überlegte man die Hinausschiebung auf 2700 M. pro Tag, mußte sich aber überzeugen, daß dies unzulänglich war, und so fest die Verordnung vom 2. Februar 1923, veröffentlicht im „Reichsgesetzblatt“ Nr. 9 vom 9. Februar, die durch Satzung zu bestimmende Grenze auf 3700 M. fest, während die Normalgrenze nur 1800 M. betragen soll. Alles wieder zu spät. Die Verordnung bestimmt weiter, daß es wegen der Aufschöpfung des Grundlohnes keiner Satzungsänderung bedarf bis zu einer gesetzlichen Änderung des § 160 RVO.; der Massenvorstand setzt die Grundlöhne fest. Wechselt er hierbei auch eine Änderung der bisher bei der Masse bestehenden Mitgliederklassen oder Lohnstufen, so bedarf dieser Beschluß der Zustimmung des Oberversicherungsamts.

Mitglieder, deren Grundlohn danach die bisher bei der Masse vorgeschriebene Höchstgrenze übersteigt, haben auf die ihrem neuen Grundlohn entsprechenden höheren Klassenleistungen erst vom 29. Tage nach dem Inkrafttreten der Satzungsänderung oder des Vorstandesbeschlusses Anspruch. Dies gilt auch für sogenannte schon eingeordnete Fälle, die beim Inkrafttreten der Satzungsänderung oder des Vorstandesbeschlusses bereits eingetreten sind, d. h. für Versicherte, die bereits vorher krank waren. Falls die Mittel der Masse an reichen, kann der Vorstand der Masse beschließen, daß die höheren Leistungen schon von einem früheren Tage ab zu gewähren sind. Diese Vorlesung wird aus Mangel an Mitteln wohl meistens möglich sein.

Der § 10 Abs. 3 der Verordnung vom 1. Dezember 1922, wonach für neue Versichertenfälle eine Wartzeit von sechs Wochen auf die erhöhten Leistungen bestand, tritt für die Zeit vom Inkrafttreten

der gegenwärtigen Verordnung an außer Wirkung. Von dem gleichen Zeitpunkt an sind die erhöhten Klassenleistungen auf Grund jener Verordnung auch in den bei ihrem Inkrafttreten schwebenden Versicherungsfällen zu gewähren. Für alle Kranken mit höherem Grundlohn tritt daher mit dem 29. Tage nach dem Inkrafttreten der Verordnung das erhöhte Krankengeld in Kraft. Hat eine Klasse die erhöhten Klassenleistungen auf Grund der Verordnung vom 1. Dezember 1922 entgegen der Bestimmung des § 10 jener Verordnung bereits früher oder in schwebenden Versicherungsfällen gezahlt, so bewendet es dabei.

Die Arbeitgeber haben innerhalb einer Woche nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung die zur Berechnung der Beiträge erforderlichen Angaben zu machen. Abgesehen von Strafen nach § 318 RVO. gilt noch folgendes: Erstattet ein Arbeitgeber trotz Aufforderung des Massenvorstandes die Meldung nicht fristgemäß, so kann für seine Beschäftigten der Massenvorstand bis zur ordnungsmäßigen Meldung den Grundlohn in der Höhe festsetzen, die für Versicherte der gleichen Art in Betrieben gleicher Art gilt und, ohne Pflicht zur Minderstattung, die gleichen Beiträge erheben.

Auch § 6 der Verordnung ist der Mindestbetrag des Sterbegeldes bis zu 10000 M. erhöht worden; schwache Klassen können aber darunter bleiben, auch beträgt der Mindestsatz bei erweiterter Krankenpflege und unabhängigen Beschäftigten nur 6000 M. Die Verordnung ist bereits am 2. Februar in Kraft getreten.

Die Vollstundunterstützung für die Empfänger einer Rente aus der Invaliden- und Angestelltenversicherung ist durch die zweite Verordnung über die weitere Erhöhung der Unterstützung vom 2. Februar d. J. insofern geändert, als die Unterstützung so zu bemessen ist, daß das Gesamtjahres Einkommen eines Invaliden unter 120000 M., einer Witwe 108000 M., einer Witwe 90000 M. erreicht. Diese Grenze erhöht sich für jedes Kind um 16000 M. Das Arbeitseinkommen bleibt bis zum Betrage von 120000 M. außer Ansatz. Bis zum Betrage von 36000 M. sind Militärrenten, Knappschafts- oder ähnliche Renten aus öffentlichen oder privaten Versicherungen nicht anzurechnen. Notwendig ist aber die unverzügliche Auszahlung und Verrechnung, damit die Geldentwertung nicht jeden Betrag wertlos macht. Die seit Dezember erhöhten Beträge werden jetzt allmählich ausbezahlt; viel zu spät, um auch nur die drückendste Not zu bannen.

M. K.

Korrespondenzen

Augsburg. (Bezirksmaschinenmeisterverein.) Unsere am 20. Januar abgehaltene ordentliche Generalversammlung erfreute sich guten Besuchs. Auch die uns angeschlossenen Druckereibenamter und Werdlingen waren durch je einen Delegierten vertreten. Die Reden des ersten und des zweiten Vorsitzenden mußten neu besetzt werden, die übrigen Ausschussmitglieder nahmen eine Wiederwahl an. Der Redebeitrag wurde ab 1. Februar auf 10 M. festgesetzt. Eine lebhaftere Aussprache rief das letzte Rundschreiben der Zentral-Kommission hervor. Aus allen Ausführungen lag die Mahnung, in dieser schweren Zeit fest und treu zur Sparte zu halten.

Bezirk Bamern. Am 14. Januar fand unsere Hauptbezirksversammlung in Waimen statt. Aus dem Bezirk waren Kollegen von Memmingen, Schwelm, Oberberg, Maderocornwald und Sprachhövel vertreten. Die am Vorort getätigte Wahl des Vorstandes wurde gutgeheißen und die Entschädigung den veränderten Verhältnissen angepaßt. Den Bericht von der Bezirksvorsteherkonferenz über den neuen Tarif erstattete Vorsitzender Kunz. Er schilderte an Hand des neuen Tarifs die Verhältnisse der hiesigen Verbesserten. Die Aussprache bewegte sich nur in ablehnendem Sinne. Mehrere Redner bemängelten, daß der neue Tarif sich schon im Druck befände, bevor das Resultat der Abstimmung bekannt sei. Besonders scharf beurteilt wurde das unsoziale Verhalten der Prinzipale in betreff Lokalzulage. Obwohl wir seit Mai 1921 in die Klasse von 25 Proz. gehören, boten sie bei den letzten Verhandlungen 20 Proz. 22 1/2 Proz. haben wir augenblicklich. Man muß hier unaufrichtig fragen: Sollen unsere Feinde, welche ein wehrloses Land überfallen und es ausbeuten wollen, ungerechter als diejenigen, welche die wirtschaftliche Not der Gehilfen so anzunutzen versuchen? Bei jeder neuen Lohnregelung kommen wir ebenfalls zweimal zu kurz, jedesmal um einen Tag. Der Grund liegt darin, daß hier die Lohnwoche von Sonnabend bis Freitag läuft, während der Lohnschatz in der Regel vom Montag bis Sonnabend festgesetzt wird. Werden die Vertrauensleute vorstellig, dann heißt es immer: Wir halten uns streng an den Tarif und bezahlen keinen Pfennig mehr! Diese Ungerechtigkeit kann dadurch aus der Welt geschafft werden, daß bekannt gemacht wird, in der ersten und zweiten bzw. in der dritten und vierten Lohnwoche beträgt die Zulage fünfundsiebzig. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, daß eine Bezirksvorstandssitzung unter Einziehung der Vorsitzenden der einzelnen Ortsvereine sich mit der Durchführung des immer teurer werdenden Nebengeldes und der damit verbundenen Erhöhung des Bezirksbeitrages befassen soll.

Bamern. Unser Jahreshauptversammlung am 17. Januar ebte einmütig das Andenken des verstorbenen Kollegen Denkhardt, der über 25 Jahre als erster Maschinist im Orts- und Bezirksverein tätig war. Hierauf gab der Vorsitzende Schenk einen längeren Bericht über das verfloßene Geschäftsjahr. Den Massenbericht erstattete Kollege Nießler. Zur Schaffung neuer Massenbücher beschloß die Versammlung, einen Sonderbeitrag von 60 M. pro Mitglied zu erheben.

Die Neuwahlen gingen glatt vonstatten; es wurden die meisten Vorstandsmitglieder, darunter der erste Vorsitzende, wiedergewählt. Nach dem Bericht des Vorsitzenden über die letzte Bezirksvorstandskonferenz in Dresden kam der neue Tarif in seinen wichtigsten Punkten zu längerer Durchberatung. Das allgemeine Urteil lautete in dem Sinne, daß der neue Tarif einige Verbesserungen, zum großen Teil aber Verschlechterungen bringt. Unter „Verschiedenem“ kam noch die Schmutzkonturrenz der Geschnittendrucker in Walsheim, die unserm Gewerbe viele unangenehme Druckfahnen entzieht, zur Sprache.

Bayreuth. Unsere Generalversammlung am 13. Januar wies einen ziemlich guten Besuch auf. Vorsitzender Großmann erstattete einen ausführlichen Bericht über den neuen Organisationsvertrag sowie über das abgelaufene Geschäftsjahr. Anschließend hieran wurden der neue Tarifvertrag sowie die letzten Lohnvereinbarungen besprochen. Ein 17 1/2-prozentiger Lokalausschlag wurde beim Gauvorstand gefordert, da Bayreuth eine der teuersten Städte Bayerns ist und in die Schreibkassette B eingereiht wurde. Hierauf erstattete Kollege Sende als Kassierer den letzten Quartalsbericht. Da die Kassenverhältnisse keine so rosigten sind, wurde der Ortsbeitrag mit 10 Proz. des jeweiligen Verbandsbeitrages beschlossen. Nach Besprechung des Ortsbeitrages, Erhöhung der Krankenunterstützung, Festsetzung der Diäten sowie Staffelung der Unterstützungssätze für Durchreisende erfolgte die Wahl der Gesamtwahl (Wiederwahl).

Berlin. (Generalversammlung am 30. Januar.) Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm Kollege Braun Bezug auf das große Baumglück bei der Firma Woffe („Berliner Tageblatt“) und sprach den Eltern bzw. Angehörigen derselben das tiefste Beileid aus. Die Versammlung hörte die Ausführungen stehend an. Darauf nahm Kollege Braun Bezug auf die Ereignisse im Ruhrgebiet und forderte zu reger Benutzung der Sammellisten auf. Weiter warnte Redner vor den sich breitmachenden Vermittlungsbüros für Beschaffung von Arbeitsstellen nach dem Auslande unter Bezugnahme auf eine ihm gemachte Mitteilung, nach der es wohl hauptsächlich nur um die Erlangung der Vermittlungsgebühr ankomme (im vorliegenden Falle 500 M.). Nach Bekanntgabe des Resultats über die Abstimmung über den neuen Tarif (Berlin stimmte mit 418 Stimmen mit „Ja“ und mit 597 Stimmen mit „Nein“) gab Kollege Braun den Bericht über die Lohnverhandlungen. Dasselbe war zur Zeit des Abschlusses einigermaßen als annehmbar zu bezeichnen, aber die katastrophale Entwicklung in den Tagen darauf habe die Situation vollständig verändert, so daß die Erregung unter der Kollegenschaft eine begründete Ursache habe. Kollege Braun verlas eine von den Obleuten neun Berliner Großbetriebe unterzeichnete Resolution, die eine sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen und eine mindestens 100prozentige Lohnerhöhung rückwirkend ab 15. Januar fordert mit kurzer Antwortfrist sowie Verbot der Überstunden und der Sonntagsarbeit in den Wanknoten-druckereien wegen der großen Arbeitslosigkeit. Kollege Albrecht bekannte sich zwar als Gegner der Sonntagsarbeit, hegte aber die größten Bedenken gegen ein generelles Verbot der Sonntagsarbeit in den Wanknoten-druckereien. Die katastrophale wirtschaftliche Lage und die überaus großen Geldbedürfnisse infolge der sturzhaften Wertverminderung bedingen eine gewisse Vorsicht und Prüfung der Sachlage je nach der Situation. Voraussetzung der Bewilligung der Sonntagsarbeit sei jedoch die volle Ausnutzung der Produktion und die Unmöglichkeit der Einstellung weiterer Arbeitsloser. Trotz eingehender Darlegungen auch bezüglich der Unmöglichkeit des einzuhaltenen Termins durch Kollegen Braun wurde die eingereichte Resolution dennoch angenommen. In mehr oder weniger zutreffenden, aber sachlich gehaltenen Ausführungen beteiligten sich an der Diskussion die Kollegen Ohm, Schirman, Schlegler, Albrecht, Pirih, Hessel, Engelmeier und Vogel. Ein von den Arbeitslosen eingereichter Antrag wurde begründet durch den Kollegen Michisch und fand treue Befürworter durch die Kollegen Meißner, Belanger, Wischhof, der jedoch einige Fälle verkehrten Verhaltens der Arbeitslosen kritisierte, sowie K. W. Schmidt und Engelmeier. Um den Arbeitslosen schnelle Hilfe zu bringen, wurde der eingereichte Antrag vom Bureau aus in folgende Fassung gebracht: „Die heutige Generalversammlung verpflichtet die Druckereikassierer, von dieser Woche an Sammellisten aufzulegen zur Unterstützung der Arbeitslosen. Sie erwartet, daß jeder Bollarbeiter wenigstens eine Kollegestunde für diesen Zweck opfert.“ Der Antrag fand Annahme. Kollege Schlegler begründete hierauf die grundlegende Regelung der Gaubeiträge und kam auf Grund eingehender Berechnung zu dem Resultat, daß 50 Proz. des jeweiligen Verbandsbeitrages eine nicht zu umgehende Notwendigkeit sei. Hiernach würde sich der gesamte Wochenbeitrag zur Zeit auf 800 M. belaufen. Die Versammlung stimmte dem zu. Der gestellte Antrag auf Ausschluß eines Mitgliedes entfiel eine lange Diskussion, wobei Befürworter und Gegner in gleichem Maße nicht beißeitzuschreibende Argumente vorbrachten. Schließlich wurde der Entschluß von einem vertrauenswürdigem Gutachten über das Mitglied abhängig gemacht; bis zur Entscheidung ruhen inzwischen Rechte und Pflichten. Bezüglich der Wahl des Schiedsamtbesetzers bzw. Aufstellung von Kandidaten zu demselben wurde von oppositioneller Seite Abstimmung beantragt und dementsprechend die Kandidaten vorgeschlagen. Die Abstimmung wurde aber mit überproportionaler Mehrheit abgelehnt, und zwar aus rein praktischen Gründen sowie der großen Kosten wegen.

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenherberein.) In der ordentlichen Generalversammlung am 14. Januar erstattete Kollege Braun nach einigen kurzen Vereinsmitteilungen und nach einer warmen Empfehlung des neuen Werkes von Otto Söhne:

„Textil und Gehilfenkraft im Buchdruckgewerbe“, den Jahresbericht. Er meinte, daß das letzte Jahr in bezug auf Konjunktur bis zum September gut gewesen sei, gegenüber der Teuerung war es allerdings schlecht. Ihre Mitgliederzahl betrug am Ende des Jahres 1431. Da neuen Tarifvertrag kurz streifend, meinte Kollege Braun, daß für die Maschinensetzer einige kleine Verbesserungen herausgekommen seien. In Verbindung hiermit verlas Redner ein Mundschreiben der Zentralkommission, worin den Kollegen empfohlen wird, den Tarif anzunehmen. Die Remuneration des Vorstandes wurde mit 3 M. pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Der Kassierer erhält ein Mantelgeld von 2 1/2 Proz. der Einnahmen. Der hierauf vom Kollegen Müller erstattete Kassenbericht verzeichnet am Jahresschlusse einen Bestand von 10 270,46 M. Entlastung des Kassierers wurde einstimmig erteilt. Bei Punkt „Statutenänderungen“ wurde u. a. folgendes beschlossen: Der wöchentliche Beitrag beträgt ab 1. Januar 10 M. Die Ortsgruppen liefern 7 M. pro Woche und Mitglied an den Hauptkassierer ab. Zehrgeld wird nur noch an die Arbeitslosen gezahlt, die sechs Monate Mitglied sind. Bei der nun folgenden Vorstandswahl entspann sich eine längere lebhaftere Debatte. Nach einer kurzen, eindrucksvollen Rede des Kollegen Stern, wobei er dem Kollegen Braun für seine langjährige Vorsitzendenstätigkeit den Dank namens des Vereins entgegenbrachte, schlug Kollege Braun unseren bisherigen zweiten Vorsitzenden, den Kollegen Stern, als seinen Nachfolger vor. Aus der Mitte der Versammlung wurden noch weitere Vorschläge gemacht, jedoch traten alle bis auf den Kollegen Bierath zurück. Mit etwa zwei Drittel Mehrheit wurde Kollege Stern zum ersten Vorsitzenden gewählt. Die übrigen Wahlen erledigten sich glatt. Zur Aufnahme meldeten sich drei Kollegen. — Nächste Versammlung am 18. Februar.

Breslau. Der Verein schlesischer Korrektoren hielt am 21. Januar seine Generalversammlung ab. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: N. Nippich, Vorsitzender, Moller, Kassierer. Eine längere Debatte entspann sich bei der Besprechung des neuen Organisationsvertrags. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, in der die Bezahlung der Korrektoren mit 3 Proz. über Minimum als vollständig ungenügend bezeichnet und gegen die Verschlechterung im neuen Tarif protestiert wird. Die Mitglieder des Vereins schlesischer Korrektoren erwarten, daß bei der nächsten Tarifberatung die Korrektoren wieder voll zu ihrem Recht gelangen. Der Beitrag wurde von der letzten Januarwoche ab auf 30 M. pro Woche festgesetzt. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 34; davon 10 in Breslau, 15 in der Provinz.

Breslau. (Maschinenseher.) Die ordentliche Hauptversammlung des Breslauer Maschinensehervereins fand am 14. Januar statt. Vorsitzender Wirnbach gab einen Rückblick auf das vergangene Geschäftsjahr, hierbei die wirtschaftlichen Verhältnisse im allgemeinen und das Versammlungsleben (das leider sehr viel zu wünschen übrig läßt) und die Verhältnisse im graphischen Gewerbe im besonderen streifend. Hierauf erstattete Kassierer Klmann den Kassenbericht, der zu Beanstandungen keinen Anlaß gab. Als weiterer Punkt kam die Erhöhung des Beitrages zur Sprache. Der wöchentliche Beitrag beträgt ab 15. Januar 10 Proz. vom jeweilig festgesetzten Verbandsbeitrag. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde nach einigem Hin und Her der alte Vorstand wiedergewählt, der den Wunsch aussprach, ihn vor allen Dingen durch regen Versammlungsbesuch und Anteilnahme am Technischen zu unterstützen. Auch die Wahl der einzelnen Kommissionen wurde nach einigen Schwierigkeiten durch Wieder- bzw. Neuwahl zu aller Zufriedenheit erledigt. Nachdem dann noch die Wahl der Delegierten zur Gauhauptversammlung des schlesischen Maschinensehervereins vollzogen war, lauten noch einige drückliche Angelegenheiten zur Sprache. U. a. wurde beschlossen, von jetzt ab regelmäßig eine Anwesenheitsliste zu führen und von denjenigen Kollegen, die nicht mindestens die Hälfte der im Jahre festgesetzten Versammlungen besucht haben, ein von der nächstjährigen Hauptversammlung noch festzusetzendes Strafgeld einzuziehen, das für wohlthätige Zwecke (arbeitslose Kollegen usw.) verwendet werden soll.

Brieg. Unsere am 20. Januar abgehaltene Hauptversammlung war leider nicht so gut besucht, wie es die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert hätte. Alle Ermahnungen des Vorsitzenden nützen nichts. Gibt es doch noch Kollegen, die es nicht für notwendig finden, im ganzen Jahre auch nur eine einzige Versammlung zu besuchen. Den Kassenbericht vom vierten Quartal gab der Kassierer der Versammlung bekannt. Dem Jahresbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß das Jahr 1922 innerhalb des Ortsvereins ein einigermaßen ruhiges war. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl sämtlicher amtierender Kollegen. Die gesamte Vorstand verfiel zugleich die Geschäfte des Bezirks Brieg. Der Ortsvereinsbeitrag wurde auf 10 M. pro Woche festgesetzt.

Düsseldorf. In der Monatsversammlung am 8. Dezember wurden in der Hauptsache geschäftliche drückliche Angelegenheiten behandelt. Der bisherige Vorstand wurde mit Ausnahme eines Beisitzers, der eine Wiederwahl ablehnte, in der Abstimmung wiedergewählt. Die Generalversammlung des Bezirksvereins fand am 13. Januar statt. Außer der Erstattung der Jahresberichte und der Erledigung umfangreicher geschäftlicher Angelegenheiten wurde der Ortsbeitrag in ein festes Verhältnis zum Verbandsbeitrag gebracht, indem beschlossen wurde, 15 Proz. von dem jeweiligen Verbandsbeitrag zu erheben, aus denen dann der Gau- und Bezirksbeitrag gedeckt werden muß. Aufgeschoben wurden drei Restanten. Über die Bezirksvorstandskonferenz in Köln erstattete Kollege Schindeldecker einen Bericht,

ber sich in der Hauptsache mit dem neuen Tarifvertrage beschäftigte. Die kurze Diskussion ließ erkennen, daß sich die große Mehrheit der Kollegen mit dem neuen Tarifgebilde nicht befreunden kann.

Essen. (Maschinenseher.) Unsere Generalversammlung am 14. Januar war ziemlich schwach besucht. Es ist dies wohl auf die Bekanntmachung der Besatzungsbehörden zurückzuführen, wonach Versammlungen verboten sind. Unter „Geschäftlichem“ verlas Vorsitzender Müller ein Zirkular des Gewerbestandes. Einem Antrag des Vorstandes um Nachbewilligung eines Extrabeitrages von 5 M. wurde zugestimmt. Der Kassenbericht wurde gegeben und dem Kassierer Entlastung erteilt. Das abgelassene Jahr stand im Zeichen fortwährender Hoffnungen auf Lohn erhöhungen. Die Versammlungen waren durchschnittlich von 33 Proz. der Mitglieder besucht; fünf Vorträge wurden gehalten. Eingehend wurde von der Bezirksvorsteherkonferenz in Düsseldorf berichtet. 116 Mitglieder waren vorhanden, gegen 118 Ende 1921. Der neue Tarif fand einstimmige Ablehnung. Der Beitrag beträgt ab 1. Januar wöchentlich 10 M. (Durch Beschluß der Gewerksammlung am 21. Januar auf 15 M. festgesetzt.) Es bleibt dem Vorstand überlassen, im Notfall einen Extrabeitrag zu erheben. Der Vorstand wurde wiedergewählt bis auf den ablehnenden Schriftführer. Zum Schluß ersuchte Kollege Müller, auch unter der jetzt erfolgten Besetzung die Treue zur Sparte zu wahren.

Frankfurt a. M. (Korrektoren.) Der gute Besuch unserer am 7. Januar abgehaltenen Hauptversammlung darf als hoffnungsvolles Omen für das neue Jahr bedeutet werden. Vorsitzender Tellenbröder nahm den neuen Tarif mit den Sonderbestimmungen für Korrektoren scharf unter die Lupe. Diese scheinbar der wilhelminischen Zeit entstammenden „Sonder“-Bestimmungen zeichnen sich durch militärische Kürze (acht Zeilen) und Strenge aus. Die Behandlung der Korrekturenanträge in Gegenwart der Gehilfsachverständigen durch Nichtfachleute als Prinzipalvertreter wurde als zu strengstem Widerspruch herausfordernde Mißachtung unserer Anträge empfunden. Eine Entschärfung, in der die Nichtanerkennung unserer beschiedenen Forderungen scharf verurteilt und die Neufassung der Sonderbestimmungen als Quelle neuer Tariffreitigkeiten bezeichnet wird, fand einstimmige Annahme. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Die von der Zentralkommission herausgegebene Broschüre fand freundliche Aufnahme; es wurde der Beschluß gefaßt, 20 M. für das Stück zugunsten der Kasse der Zentralkommission zu erheben.

Frankfurt a. M. (Schriftgießer.) Eine gutbesuchte Mitgliederversammlung am 18. Januar nahm den Bericht von der Tarifausföhrung und Tarifamtsprüfung entgegen. In der Diskussion wurde das unsoziale Verhalten der Arbeitgeber auf das entschiedenste verurteilt. Eine Resolution brachte zum Ausdruck, gangbare Wege zu schaffen, um die notwendigsten Aufgaben zur Durchführung zu bringen. Zu Anfang wurde der fünfundsiebenzigjährigen aufopfernden Tätigkeit des Kollegen Dorn als Kassierer unserer Spezialorganisation dankend gedacht.

Frankfurt-Offenbach. (Maschinenmeisterverein.) — Halbjahresbericht. In der Versammlung am 28. Juli erstattete Kollege Steinert den Bericht der Kreisvorstandskonferenz in ausführlicher Weise. Im allgemeinen gaben sich die Versammlungssteilnehmer zufrieden, wenn auch nicht alles nach deren Wünschen befriedigend erschien. Die sprunghafte Beitragssteigerung rief einige Unstimmigkeiten hervor, was wohl als diktorisches Vorgehen zu bezeichnen sei, jedoch angesichts der ungeheuren Geldentwertung erfolgen mußte. Angebrachter wäre es schon, daß in Zukunft sämtliche Mitglieder den Weg zu ihren Spartenzusammenkünften finden, statt ihre Interesslosigkeit und Unmut über notwendige Anforderungen auf diese Weise zu bekunden, damit jeder einzelne unterrichtet ist. — Die Septemberversammlung beschäftigte hauptsächlich die Hauptversammlung des Deutschen Buchdruckervereins, in welcher die Prinzipale einmütig zum Ausdruck brachten, daß sie ihren Mitgliedern einer Erhöhung der übertariflichen Zulage der Decker nicht stattgeben könnten. Der seinerzeit erschienene Auffay in der „Zeitschrift“ von Ernst Schulze (Leipzig) dürfte jedoch den Unternehmern in betreff Qualitätsarbeiter zu denken geben. Wenn zu damaliger Zeit in der Schweiz als erhöhtes Minimum 20 Proz. beschlossen wurde, dürfte auch in Deutschland möglich sein. Für das Winterhalbjahr Oktober/April wird unter Leitung des Fachschullehrers Kollegen Berger in der Gewerbeschule ein Illustrations- und Farbmischkurs, letzterer nach Ostwaldscher Farbentheorie, abgehalten. In der Union Drucker unter Anleitung der Kollegen Meß und Schneider ein Mei- und Tonplattenkurs. Beide Kurse zeigen durchweg rege Beteiligung. — Die Oktoberversammlung mußte ausfallen wegen ungenügenden Besuches. Unser früherer Kollege Salomon hatte ein Referat zugesagt. — Die am 31. Dezember abgehaltene Generalversammlung beschäftigte sich nach Entgegennahme der einzelnen Berichte der Funktionäre nochmals mit der Beitragserhöhung ab 1. Januar 1923 auf wöchentlich 6 M., welche Forderung auf Ersuchen der Zentralkommission notgedrungenenerweise schließlich angenommen werden mußte. Zum Punkt „Neuwahlen“ wurde nach Vorschlag der Versammlung der seitherige Gesamtvorsitz einstimmig wiedergewählt. — Eine Besichtigung fand am 23. September in den Kaufmännischen Maschinenbauwerken (neue Sammelmaschinen Anglo plate immer). Ferner eine Erkunnen am 22. November nach Weinheim zur Buchdruckerei Meng & Pauer unter starker Beteiligung. Einmütig stimmten an dieser Stelle für die Entgegennahme unsern Punkts. — Um das gelandete Weindöcker reger zu gestalten, fand am 21. Dezember eine Vorstandskonferenz aller Funktionen statt.

Kaiserslautern. (Vierteljahrsbericht.) In unserer Bezirksversammlung am 23. September erstattete Kollege Kraft (Mannheim) in eindrucksvoller Weise Bericht von der Konferenz der Gewerkschafter und Kassierer. Tags darauf hielt der Referent in seiner Eigenschaft als Jugendleiter einen Vortrag: „Jugend und Ideale“, der von unsern Jungbuchdruckern mit großem Beifall aufgenommen wurde. — Am 12. Dezember wurde in unserer Versammlung ein Extrabeitrag in Höhe von 150 M. festgesetzt als Weihnachtsgabe für unsere bedürftigen Mitglieder. Eine Aussprache über die gewerbliche Lage stellte zunehmende Arbeitslosigkeit fest und die Tatsache, daß etwa ein Fünftel unserer Mitgliedschaft außerhalb des Berufes tätig ist. — In unserer außerordentlichen Versammlung am 10. Januar wurde der neue Tarif behandelt. Von seiten unseres ersten Vorsitzenden wurde derselbe zur Annahme empfohlen. Anschließend gab der erste Vorsitzende Bericht von einer Bezirksvorsteherkonferenz und hob dabei besonders hervor, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse eine beschleunigte Abrechnung der Drucker- und Zeitschriftler bedingten. — In unserer Generalversammlung am 21. Januar fand folgender Antrag des Vorstandes Annahme: „Der Bezirksbeitrag ist prozentual dem Verbandsbeitrag anzupassen. Als Norm sind 10 Proz. festzusetzen.“ Ein weiterer Vorschlag, allen durchreisenden Kollegen einen Beitrag in Höhe des jeweiligen Verbandsbeitrages anzuhändigen, wurde einstimmig angenommen. Die Wahl des Vorstandes ergab die Wiederwahl desselben.

Köln a. Rh. (Drucker.) Unsere am 19. Januar stattgehabte Versammlung hatte wiederum äußerst schwachen Besuch aufzuweisen, trotzdem kein Zwangsang besteht. Eine derartige Interesslosigkeit kritisierte der Vorsitzende in überaus scharfen Worten. Nur beim Thema Lohnverhandlungen sei ein einigermaßen guter Besuch zu verzeichnen. Nachdem der geschäftliche Teil seine Erledigung gefunden, einige Neuaufnahmen vollzogen waren, mußten auch leider wiederum fünf Kollegen zum Ausschluss gestellt werden. In den geschäftlichen Teil schloß sich die Ehrung von acht Jubilaren an, die 25 Jahre und länger treu zur Organisation gestanden. Der Gesangverein „Gutenberg“ verschönte durch den Vortrag einiger Lieder die Feier. Sodann gab Vorsitzender Hansen noch den Jahresbericht für 1922 in ausführlicher Weise. Bei der nun folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Hansen durch Zuzug einstimmig wieder zum Vorsitzenden gewählt, während die Weisker zum Vorstände und die Mitglieder für das Schiedsamt durch Urabstimmung zu wählen sind. Unter „Verschiedenem“ kam wiederum unsere Lohnfrage zur Verhandlung, an der sich eine ganze Anzahl Kollegen beteiligte. Aus aller Munde ging deutlich hervor, daß bei der nächsten Lohnverhandlung bessere Resultate für die Gewerkschaft herauskommen müßten, denn so könne es auf keinen Fall weiter gehen. Als Weihnachtsgabe für die Arbeitslosen, die Witwen unserer verstorbenen Kollegen, bedürftige Familien, verheirateten Kranken und Durchreisende zahlten die Mitglieder einen Pflichtbeitrag von 200 M., außerdem wurde auf Sammellisten der Betrag von 55 419 M. gezehnet. Im ganzen brachte die Mitgliedschaft die Summe von 284 810 M. auf.

Köln. (Drucker.) In unserer am 21. Januar abgehaltenen Generalversammlung erstattete Vorsitzender Kiefer den Jahresbericht. Eingangs auf den Ernst der Zeit verwies, betonte er, daß auch das verfloßene Jahr wieder ein recht arbeitsreiches gewesen sei, wenn auch manches nicht so durchgeführt werden konnte, wie wir es gern gewünscht hätten. Den tariflichen Angelegenheiten wurde Aufmerksamkeit gewidmet. Ferner wurde eine Vorsitzendenkonferenz der dem Kreis Köln angeschlossenen Vereine hier selbst abgehalten. Kollege Kiefer gedachte auch in gebührenden Worten einer Anzahl von Kollegen, die gelegentlich der Beitragserhöhung von 50 Pf. auf 2 M. ihren Austritt erklärten. Am 10. Oktober besteht unsere Vereinigung 20 Jahre; ob wir diesen Tag durch eine besondere Veranstaltung begehen können, ist noch fraglich. Mit Ausnahme der Technischen Kommission, deren Wahl verschoben wurde, ist der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt worden.

Kulmbach. Am 14. Januar fand eine Ortsvereinversammlung statt, zu der auch der Bezirksvorstehende Großmann erschienen war. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten erstattete der Bezirksvorsteher einen ausführlichen Bericht von der Nürnberger Bezirksversammlung über den neuen Organisationsvertrag und die letzten Lohnvereinbarungen. In der Aussprache wurde anerkannt, daß die Lage der deutschen Buchdruckergewerbe eine äußerst schwierige sei, dies aber auf die Verzögerung der Arbeitskraft nicht auslaggebend sein könne. Trotzdem es gelang, nennenswerte Verschlechterungen fernzuhalten, wurde die Ferienbestimmung entrüftet hingenommen. Infolge der schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse und des Papierwuchers waren sehr viele Kollegen gezwungen, in andern Berufen Beschäftigung zu suchen. Kollege Widmeyer forderte beim Gewerbestand einen 10prozentigen Lokalaufschlag, was gutgeheißen wurde, da Kulmbach in der Teuerung nicht hinfällt und in der Serbiklasse B sich befindet.

Leipzig. (Handseherverein.) Am 17. Januar. Vorsitzender Witten erstattete Bericht über das letzte Geschäftsjahr und über die Tarifverhandlungen, denen er als Experte für Handfay (Berechnen) beizohnte. Kollege Schmidt referierte über „Der neue Lohn- und Tarif- und die Handfay“. Dem Geschäftskreisvertreter Gläß und der „Korr.“-Redaktion wurde gedankt für das geschickte Verfechten der berechtigten Forderungen, die nicht nur den Berechnern, sondern in ihrer Auswirkung allen Kollegen Vorteile bringen. In den Referaten wie in der anschließenden Debatte wurden die Vor- und die Nachteile des neuen Tarifes eingehend besprochen und vom Kollegen Schmidt sowie dem Kreisvertreter Gläß die Annahme empfohlen. Scharf Stellung genom-

men wurde gegen eine von hiesigen Funktionären angenommene und an den Verbandsvorstand geleitete Resolution, das Verzeichnis einzustellen, um die Arbeitslosen unterzubringen. Es wurde von den Werksleitern einstimmig bestritten, daß auf diesem Wege der gewollte Zweck erreicht werde, wohl aber werden noch mehr komplizierte Arbeiten — and fast nur diese werden in Leipzig berechnet — auf die Schmalzschneidmännern. Die Landseherkommission wurde neu gebildet (Kollege Schmid ist nunmehr Vorsitzender), ferner kamen die Kandidaten der Landseher zur Wahlvorstandswahl zur Aufstellung.

Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Korrektor Max Marci, geboren in Merano i. Z., 50-jähriges Verweiltum. jetzige Station: „Dortmunder Zeitung“ in Dortmund.

Allgemeine Rundschau

Nachahmenswerte Beispiele. Erfreuliches Verständnis für die wirtschaftliche Notlage ihres Personals zeigt die Firma Werkinische Verlagsgesellschaft G. m. b. H., in Berlin NW 23. Vor Weihnachten gewährte sie ihrem Personal einen Zuschuß von 5000 M., welcher in kleinen Raten abgetragen werden konnte, ferner eine Weihnachtsgratifikation von 2000 bis 5000 M. Auch sonst ist die Firma dem Personal gegenüber (Arbeitsbeihilfe, Arbeitsloshilfe) sehr entgegenkommend. — Die Firma Paul Kallenbach in Eisenberg (Thür.) zahlte ihrem Personal eine einmalige Wirtschaftshilfe von 10000 M. pro Kopf aus; die Lehrlinge erhielten je 1000 M. Zu erwähnen ist, daß die Firma auch zu Weihnachten jedem Gehilfen einen schönen Betrag zukommen ließ (auch den Lehrlingen) und weiter sich dadurch erkenntlich zeigt, daß sie bereits seit 3. Februar einen Lohnaufschlag von 10 Proz. zur Auszahlung bringt (bisher 7½) und auch durch Bewährung einer wöchentlichen Kinderzulage die Lage der Gehilfen zu erleichtern sucht. Das soziale Verständnis ist um so anerkennenswerter, als augenblicklich die Firma unter der schlechten Konjunktur im Gewerbe selbst schwer zu leiden hat.

Die neuen Löhne im Buchbindergewerbe. Vom 8. bis 14. Februar gelten im deutschen Buchbindergewerbe folgende Stundenlöhne:

Lohnklasse	Ortsklasse					
	I	II	III	IV	V	V
im 1. Gehilfenjahre	501	484	458	435	423	407
im 2. Gehilfenjahre	613	580	563	540	515	491
im 3. Gehilfenjahre	608	644	617	596	568	547
im 4. Gehilfenjahre	710	689	661	636	610	580
nach dem 4. Gehilfenjahre	750	734	704	679	651	617
nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre	805	777	749	718	683	658
Verheiratete Gehilfen:						
im 3. Gehilfenjahre	762	741	710	679	651	620
im 4. Gehilfenjahre	774	750	720	686	661	633
nach dem 4. Gehilfenjahre	812	787	750	724	701	666
nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre	850	825	791	764	731	696

Vom 15. bis 21. Februar betragen die Stundenlöhne:

Lohnklasse	Ortsklasse					
	I	II	III	IV	V	V
im 1. Gehilfenjahre	627	606	572	544	529	511
im 2. Gehilfenjahre	767	737	704	675	644	612
im 3. Gehilfenjahre	835	805	772	746	711	674
im 4. Gehilfenjahre	887	861	826	795	763	729
nach dem 4. Gehilfenjahre	949	917	880	849	814	775
nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre	1000	971	936	898	866	822
Verheiratete Gehilfen:						
im 3. Gehilfenjahre	652	635	607	579	554	525
im 4. Gehilfenjahre	668	638	600	570	539	501
nach dem 4. Gehilfenjahre	1015	981	950	917	877	833
nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre	1062	1031	989	956	914	870

Vom 22. bis 28. Februar betragen die Stundenlöhne:

Lohnklasse	Ortsklasse					
	I	II	III	IV	V	V
im 1. Gehilfenjahre	662	640	605	575	550	531
im 2. Gehilfenjahre	810	779	744	714	681	649
im 3. Gehilfenjahre	882	851	816	788	752	718
im 4. Gehilfenjahre	938	910	873	840	807	766
nach dem 4. Gehilfenjahre	1003	969	931	897	860	816
nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre	1064	1027	990	949	916	870
Verheiratete Gehilfen:						
im 3. Gehilfenjahre	1006	979	938	897	860	820
im 4. Gehilfenjahre	1023	992	951	910	877	830
nach dem 4. Gehilfenjahre	1073	1040	1005	969	926	881
nach dem 4. Gehilfenjahre und über 24 Jahre	1123	1090	1045	1010	966	919

Es sei bemerkt, daß sich in der ersten Ortsklasse nur die drei Städte Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. befinden; Leipzig rangiert in der zweiten Ortsklasse.

Eine zeitgemäße Verfügung angesichts der Pressenot. Auf eine Eingabe des Vereins Deutscher Zeitungsverleger, Kreis Mitteldeutschland, hat der Oberpräsident der Provinz Sachsen an die Regierungspräsidenten, das Provinzialschulkollegium und sonstige ihm unterstellte Behörden der Provinz folgende Verfügung ergehen lassen: „In Anbetracht der bekannnten Notlage der Presse ersuche ich die Bürgermeister, Landräte usw. ihres Verwaltungsbezirks darauf aufmerksam zu machen, daß die Presse angesichts ihrer außerordentlich schwierigen Lage zur Veröffentlichung behördlicher Schriftsätze im redaktionellen Teile dann nicht heranzuziehen ist, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die zur Behandlung im Wege bezahlter Anzeigen geeignet sind. Durch die Inanspruchnahme des redaktionellen Teiles würde von den Zeitungen eine Cade ohne Gegenleistung gefordert.“

Anebelung der Presse im besetzten Gebiet. Die Meldungen über gewalttames Vorgehen der französischen Soldateska gegen Zeitungen jeder

Parteilichkeit mehrten sich tagtäglich. Die Reichsarbeitsgemeinschaft der deutschen Presse veröffentlichte aus diesem Grunde eine Kundgebung, die gegen die Vergewaltigungen der Presse und der Pressefreiheit durch die Franzosen und Belgier protestiert und erklärt, die deutsche Presse im Reich werde die Sache der schwergeprüften deutschen Zeitungen, ihrer Verleger, Redakteure und Mitarbeiter in den besetzten Gebieten zu der ihrigen machen. Die Kundgebung spricht ferner die Erwartung aus, daß die Reichsregierung diesen Angriffen auf die Pressefreiheit mit der gebotenen Entschiedenheit entgegenzutreten werde, und daß die Presse des Auslandes nachdrücklich gegen diesen Angriff auf das Rechtsgut protestieren werde, das allen Kulturvölkern besonders teuer und der Presse aller Länder ein gemeinsames Symbol der Freiheit des Wortes und des Gedankens sei.

Billige Bücher aus Amerika. Wie die „Frankfurter Zeitung“ kürzlich aus New York zu berichten wußte, ist dort ein System des Bücherverkaufs ähnlich Meclams Universalbibliothek im Entstehen begriffen. Im April soll der erste Band herauskommen. In einer wahren Wildnis sind die Vorbereitungen getroffen worden, in den Bergen von Tennessee, wo nach einem sorgfältig ausgedachten Plan alle Anstalten zur Herstellung von nicht weniger als 100 000 Bänden täglich gemacht worden sind. Ja, es sollen jährlich 3 600 000 Bände auf den Markt kommen, nicht Hefte, sondern in Not und Gold gehaltene Leinwandbände, und jeder wird zu 10 Cent das Stück verkauft. Diese immense Bücherfabrik ist in einem neuen Ort, Kingsport genannt, wo reichlich Rohmaterial für die Herstellung von Papier und Einbänden vorhanden ist, untergebracht. Es sind besondere Maschinen für die Massenproduktion von Büchern gebaut worden. In diesen 10-Cent-Büchern soll dem amerikanischen Volke im Laufe der Zeit die ganze Weltliteratur zugänglich gemacht werden.

Wahnerbekämpfung unter gewerkschaftlicher Mithilfe. Der Leiter des Preussischen Landespolizeiamts, Orzeszko, ein alter Gewerkschaftler, hat auf Grund einer Aussprache mit den Vertretern der verschiedenen Gewerkschaftsverbände ein Zusammenarbeiten dieser mit den Polizeibehörden zur Bekämpfung des Wuchers angeregt. Die Gewerkschaften haben sich damit einverstanden erklärt. Die Richtlinien dafür sind inzwischen an die unterstellten Behörden gelangt. Dieses Zusammenarbeiten soll nach den Bundesmitteilungen für die Ortsausschüsse des ADGW. in folgender Weise stattfinden. Die einzelnen Ortsausschüsse wirken auf ihre Mitglieder dahin ein, daß sie alle ihnen bekannt werdenden Fälle von Wucher, ungerechtfertigter Preissteigerung, betrügerischem Gewicht und Zurückhaltung von Waren in gewinnbringender Absicht, begleichen auch das Warenaufkaufen zu Sweden des Gewinns, bei ihren Ortsausschüssen unverzüglich zur Anzeige bringen, die sie an die zuständige Stelle weitergeben. Es soll damit verhindert werden, daß der einzelne Angezeigende Laufereien und Scherereien hat oder sich persönlich einstellt. Die zuständigen Behördenvertreter sind angewiesen, von Zeit zu Zeit mit den Gewerkschaftsvertretern Besprechungen über die verschiedenen Aufgaben abzuhalten. In die Ortsausschüsse des ADGW. wird in den „Bundesmitteilungen“ das Ersuchen gerichtet, wo man an sie in dieser Hinsicht von behördlicher Seite herantritt, sich der Mitarbeit nicht zu entziehen. Soweit es übersichtlich angängig und möglich ist, kann ein Zusammenarbeiten mit den andern Gewerkschaften ins Auge gefaßt werden.

Ermäßigungen der Lohnsteuer. Auf das fortgesetzte Drängen der Gewerkschaften nahm der Reichsrat am 12. Februar eine Verordnung an, durch die die Bestimmungen des § 46 Absatz 2 des Einkommensteuergesetzes über die Steuerermäßigungen bei der Lohnsteuer neu geregelt werden. Die Verordnung bestimmt, daß die Ermäßigungen für die Steuerpflichtigen, für die Ehefrau und die minderjährigen Kinder vom 1. März ab gegenüber der Dezembernebelte verdreifacht werden. Auch bei den Werbungskosten wird eine Erhöhung auf das Dreifache vorgeschlagen. Der Abzug von 10 Proz. des Arbeitslohns ermäßigt sich demnach für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau bei monatlicher Lohnzahlung um je 600 M. monatlich, für jedes minderjährige Kind um 3000 M. monatlich, zur Abgeltung der Werbungskosten um 8000 M. monatlich (entsprechend sind die Ermäßigungen für den Fall der Lohnzahlung nach Wochen, Tagen oder Arbeitsstunden). Die letzten sechs vollen Arbeitstage im Monat Februar sollen vom Steuerabzug freigelassen werden. Diese Vergünstigung soll nur denjenigen Lohnsteuerpflichtigen zugute kommen, deren gesamtes steuerbares Einkommen die Grenze nicht übersteigt, bis zu der beiden Veranlagung für 1923 ein Satz von 10 Proz. erhoben wird.

Entschlossene Abwehr der Bergarbeiter im Ruhrgebiet. Die „Bergarbeiterzeitung“ schreibt in ihrer neuesten Nummer: „Der Wille der Arbeitnehmer, nicht zu tuscheln vor den französischen Rajonellen, ist fest und unüberbrücklich. Wie können gerade wir dazu, den kapitalistischen Notungen und Verprechungen zu lauschen, auch wenn sie sich in das Gewand französischer Demokratie hüllen, auch wenn sie uns Hilfe gegen unfre Kapitalisten zusichern! Das Ruhrgebiet ist das wirtschaftliche Herz Deutschlands. Wenn französische Imperialisten und Kapitalisten darüber verfügen, wird das Glend des deutschen Volkes größer und größer. Es wird Millionen Arbeitsloser geben, Krankheit und Tod werden nach graufiger ihre Ernte halten, wie sie es jetzt schon unter unserm unterernährten Volke tun. Wie können wir dazu, dies Glend zu fördern, indem wir dem französischen Militarismus sein Ziel erleichtern? Frankreich ist sozialpolitisch rückständiger als Deutschland; die französischen Vergleute haben eine Dreiviertelstunde länger Schichtzeit als die deutschen Arbeiter. Die französische Arbeiterbewegung wird mit brutalem

Militarismus niedergehalten. Haben wir Sehnsucht danach, ebenso be-
handelt zu werden? Wahrscheinlich nicht. Deshalb haben wir auch alle
Bestrebungen, an unserem Standpunkt vernünftiger und entschlossener
Abwehr festzuhalten."

Briefkasten

R. G. in M.: Zugeländes außerordentlich wertvoll für uns; werden zwar nicht im
Augenblick darauf eingehen können, aber in einer schon geplanten Abhandlung.
Wollen also um den Schluss und danken vielmals. — O. S. in D. und J. S. in D.: Am 8. Februar
wurde in einer Rundschreiben Mitteilung gemacht von einem eventuellen früheren Zu-
sammentritt der Tarifkommission; dafür wären der 8., 9. oder 10. Februar in Betracht ge-
kommen. Das dann eine Verzögerung durch Schuld des Deutschen Buchdrucker-Verbands bis
zum 12. Februar eintrat, konnten wir erst am 13. Februar bekanntgeben. Nun haben Sie
wie die Kollegen K. M. in W. und W. S. in W. sich hingesetzt und an den für die Ver-
handlungen eigentlich schon in Betracht kommenden Tagen noch Kritik zu den Verhandlungen
geschrieben, die dann am 12. und 13. Februar hier eintrafen. Diese vier Artikel hätten also
erst nach den Verhandlungen gebracht werden können, was zwecklos sein würde. Artikel, die
nicht zwei Nummern vor derartigen Beratungen erscheinen können, erreichen die Unter-
händler fast immer zu spät. Das sollte doch endlich beachtet werden. Die rheinisch-west-
fälischen Preisliste mit ihrer Reserve zu einer praktischen Durchführbarkeit hätten doch schon früher
kritisiert werden können, ebenso wegen ihres lächerlichen Vorwurfsgebahrens. Man pro-
testierte in Versammlungen dagegen, kam aber nicht als Einzelstimme damit zu spät. —
O. S. in H.: Glaubt Kaufnahme. — R. K. in N.: Auch in dieser Form unausnehmbar. Sie
können übrigens dem „Korr.“ schon entnehmen haben, daß es auch ohne Ihre Be-
merkungen in dieser Angelegenheit geht. — R. S. in G.: 1. Ganz vollkommen; wollten so
wieso schon nachfragen, ob nicht wieder ein Beitrag gefandt werden kann. So, wie nicht
wenige Kollegen sich das denken, würde der „Korr.“ nur noch ein Diskussionsorgan für
Lohnforderungen sein. Diese zur gewerkschaftlichen Verbannung führende Einseitigkeit
müssen wir aber im Interesse des Verbandes verhalten. 2. Aberweisung erfolgt von hier
aus, und im übrigen wird gesehen, was möglich ist. — O. S. in D.: Wenn die Firma
Paul Christian in Nord drängt gehandelt hat, so ist das nicht schön. Kritik daran zu
üben, steht der Mitgliedschaft oder dem Vorstande zu, auch im „Korr.“, nicht jedoch einem
einzelnen Mitgliede. Das ist übrigens schon alter Brauch. — R. W. in Sproltau: Die in
Nr. 13 angegebene Adresse kommt in Betracht. — J. G. in Opladen: Die Adressen solcher
Firmen sind uns nicht bekannt. — M. G. in G.: Wer im „Korr.“ einen Standpunkt vertritt, muß
sich auch gefallen lassen, daß andre eine Gegenrede halten, die er einleiten muß. Der
Raum webt also Fortsetzung des Abemas; in dichterischer Form erst recht. — A. Jr. in
Schw.: Aus der „Beschleunigten, unbedingten Kaufnahme“ wird nichts. Erstens sandten Sie
zu den Lohnverhandlungen am 12. Februar den Artikel erst am 14. Februar ein; zweitens
fehlt ein Mitgliedschaftsausweis; drittens ist das Organ des Verbandes nicht dazu da, zur
Beschleunigung der Organisations gebrauch zu werden. Aber die krawigen Verhältnisse in
den Schwarzwaldbindustrieorten können Sie dennoch Ihren Organisationsvertreter ausklären.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II - Fernruf: Amt Kurfürst Nr. 1191
Postfachkonto: Berlin Nr. 1023 87 (H. Schwelmb)
Ban Rheinland-Westfalen. Die Firma Grih Dulck in Warburg stellt nicht den
Carlsohn, deshalb dürfen Verbandsmitglieder bei dieser Firma nicht in Kondition treten.

Adressenveränderung

Pforzheim. Vorsitzender: Emil Hauser, Kaiser-Friedrich-Straße 76; Kassierer: D. Strei-
blig, Dhl. Karl-Friedrich-Straße 73.
Witten. Vorsitzender: Adolf Buchs, Breite Straße 76; Kassierer: Grih Siegling, Berg-
straße 11.

Versammlungskalender

Annaberg-Buchholz. Versammlung Sonnabend, den 17. Februar, abends 7 1/2 Uhr, in
Puschmanns Restaurant, Große Kartengasse.
Berlin. Maschinensetzer-Versammlung Donnerstag, den 15. Februar, abends 7 Uhr,
im „Wellner Klubhaus“, Ohmstraße 2.

Anzeigengebühr: Die sechsgespaltene Zeile 30 Mark für
Verkehrs-, Arbeitsmarkt-, Fortbildungs- und Todesanzeigen,
sonstige Anzeigen 120 Mark. Rabatt wird nicht gewährt.

Anzeigen

Annahmeschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend
morgens für die jeweilig nächstfolgende Nummer.
Kleinere Einzelanzeigen nur mittels Postfachzahlung.

Preisänderungen der Werkzeug-Preislifte
(siehe Nummer 12 des „Korr.“)
des Bildungsverbandes der Deutschen Buchdrucker,
G. m. b. H., Leipzig, Salomonstr. 87/Postfachkonto 63430
Die Preise dieser Liste erhöhen
sich ausnahmslos um 50 Proz.
Bei Bestellungen wolle man den Betrag auf unser Post-
fachkonto Leipzig Nr. 63430 einzahlen und die Rück-
sicht zur Bestellung benützen. Wird der Betrag nicht
vorher eingezahlt, dann erfolgt Zusendung unter Nach-
nahme und Berechnung der Kosten. Nach dem Aus-
lande liefern wir nur gegen Voreinsendung.

Tüchtige Jurichter
(somit gesucht.)
Norddeutsche Schriftsetzer, G. m. b. H.,
Berlin S 14, Alte Jakobstraße 70.

Akzidenz- und Inseratensetzer
In Wohnklasse A, geborener Oberfeldler, firm in pol-
nisch und Tschech, wegen Betriebsverhältnisse in gelin-
deter Stellung, sucht auf La-Zugweise, sucht
sofort eventuell später Stellung, am liebsten in
Deutsch- oder Polnisch-Schlesien
Offerten unter K. H. 150 postleg. Sandzlin (D. 21).

Monoline-Setzer
selbst, mit vielsähriger Praxis, Monteur, Instruktoren, mit
tabellosen Jahreszeugnissen, wünscht sich, egal wohin, zu
verändern. Für Zimmer mühte vorgesorgt werden.
Gest. Angebote unter W. H. 231 an die Geschäftsstelle
d. Bl., Leipzig, Köhligstraße 7.

Schriftsetzer
27 Jahre alt, verheiratet, in
allen Sprachen firm, [257]
sucht Dauerstellung
Gest. Angebote erbeten an
Ernst Will, Köhligberg 1. Pr.,
Eichheim 6 I.

Hannover!
Etelungstausch sucht tüch-
tiger Buchdruckmann
(Satz, Druck, Kalkulation).
Angebote unter E. D. 13468
an Rudolf Mosse, Hannover,
Georgstraße 22.

Welcher 19-jährige Kollege
beteiligt sich im Frühjahr an
einer
Wahl durch Deutschland?
Kontingenter Lern- u. Lan-
gobes an C. v. R. R. R. R. R.
maand 1. Teil, Conditio. 15.

Dortmund. Versammlung Sonntag, den 18. Februar, vormittags 10 Uhr, im Restaurant
„Zum schwarzen Raben“ (kleiner Saal).
Erfurt. Bezirksdelegiertentag Sonntag, den 25. Februar, vormittags 10 Uhr, bei
Eisenberg (Bredigstraße). Dazu haben Jünnau drei, Arnstadt, Wehrn, Sandershausen
und Eulst je zwei und die übrigen Mitgliedschaften je einen Delegierten zu entsenden.
Gotha. Versammlung Sonnabend, den 17. Februar, abends 8 Uhr, im Volkshaus
„Zur Mohnen“.
Plauen i. V. Versammlung Sonnabend, den 17. Februar, abends pünktlich 8 Uhr, im
Gewerkschaftshaus „Schillergarten“.

Arbeitslosenunterstützung

Table with 6 columns: Beschäftigungsart, in der Reisunterstützung (Mitgl., Tage), in der Ortsunterstützung (Mitgl., Tage), Unter-
stützungstage insgesamt. Rows include: Setzer, Maschinensetzer, Drucker, Stereotypsetzer, Galvanoplastiker, Korrektoren, Faktoren, Schriftsetzer, Stempelschneider.

Arbeitslos verblieben am 31. Dezember 1922: 4089 Mitglieder.
An Unterstützungen wurden gezahlt:
Reisunterstützung:
an 137 Mitglieder für 2175 Tage = 263065,70 M.
Ortsunterstützung:
an 1 Mitglied für 7 Tage zu 20 Mark = 140 Mark
an 14 Mitglieder für 241 Tage zu 35 Mark = 8435 Mark
an 11 Mitglieder für 197 Tage zu 45 Mark = 8805 Mark
an 54 Mitglieder für 783 Tage zu 50 Mark = 39250 Mark
an 5 Mitglieder für 77 Tage zu 55 Mark = 4235 Mark
an 76 Mitglieder für 975 Tage zu 65 Mark = 63375 Mark
an 36 Mitglieder für 431 Tage zu 75 Mark = 32325 Mark
an 1650 Mitglieder für 25073 Tage zu 90 Mark = 2256570 Mark
an 1 Mitglied für 20 Tage zu 105 Mark = 2100 Mark
an 2138 Mitglieder für 34519 Tage zu 110 Mark = 3797090 Mark
an 1724 Mitglieder für 26983 Tage zu 135 Mark = 3642705 Mark
an 1 Mitglied für 4 Tage zu 215 Mark = 860 Mark
an 5711 Mitglieder für 89312 Tage = 9855950 Mark

Insgesamt wurden im Monat Dezember gezahlt:
1922: 10119005,70 Mark für 91487 Tage
1921: 75262,03 Mark für 21005 Tage
mehr 1922: 10043743,65 Mark für 70482 Tage
Gesamtausgabe im vierten Quartal (Oktober bis Dezember):
1922: 20905531,45 Mark für 270595 Tage
1921: 221574,65 Mark für 62063 Tage
mehr 1922: 20683950,90 Mark für 208532 Tage
(sohne die mit der Quartalsabrechnung eventuell noch eingehenden Nachträge).

Die nächste Nummer erscheint erst am Dienstag, dem 20. Februar

Schweizerdegen
besonders guter Drucker, mit
umfangreichen Fachkenntnissen
und geschicklicher Leberberecht.
zum bald. Eintritt gesucht.
Vereinerungen mit Lohn-
anspruch unter „Kleindruck“
postlagernd Hildburghausen
(Schüringen).

Brandenburgischer
Maschinensetzerverein
Sonntag, 18. Februar, von
mittags 10 Uhr, im „Klub-
haus“, Ohmstraße 2:
Monatsversammlung
Tagesordnung: 1. Ver-
einmitteilungen. 2. Dis-
kussion. 3. „Schmashinen-
dämmerning“ — 4. Kollege
D. H. Schnc. 4. Verles-
deme. [277]
Um zahlreiche und pünkt-
liche Beteiligung bittet
Der Vorstand.

Ortsverein Erfurt
Dienstag, 20. Februar,
abends 8 Uhr, bei Eisenberg:
Mitgliedererversammlung
Tagesordnung: 1. Kassen-
bericht vom Januar. 2. Änder-
ung des § 1 der Satzungen
ber Berberufshilfe. 3. Ge-
berilligung. 4. Wahlen von
Delegierten zum Vereinstag.
5. Wahlen von Mitgliedern
für das Schlichtamt. 6. Wahl
der Wehlens-Prüfungskom-
mission. 7. Wahl des Kartell-
delegierten. 8. Vereinsmit-
teilungen.
Vollzähliges Erscheinen er-
wartet
Der Vorstand.

Die Jungliste 1923
Kunsti, filmen, f. Buchdrucker,
Buchgewerbl. u. Buchfreunde,
herausgeg. von Rudolf Engel-
hardt, Leipzig, wird an Kollege
bei sofort. Bestell. noch abgeg.
k. Vorzugspr. von 2,60 M. k. mal
Teuerungspr. 400 zugügl. Porto
u. Verp. Ver. vorh. einl. od. u.
Nachn. Verlag Julius Maferly
Leipzig-R. Postfch. 621.

Juristemeister, Östere
Nten und Physisten so. ideale
Verfuge h. Zeig u. T. d. r.
erhalten h. Zeig, h. d. r.
Sateien gegen Will. re. te.

Der neue Brockhaus
Handbuch des Wissens
Ab. 1. u. II ist erschienen; Preis
auf Karte m. Bild p. Monat.
Zehntel gest. 1. K. E. E. E.
München, Columbusstraße 1.